

## **V-1 Unabhängigkeit der Berliner Tierschutzbeauftragten bewahren!**

Gremium: Landesausschuss  
Beschlussdatum: 20.03.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Effektiver Tierschutz braucht Tierschutzbeauftragte, die unabhängig von  
2 fachlichen Weisungen und mit öffentlich hörbarer Stimme agieren. Der Versuch der  
3 Justiz- und Verbraucherschutzsenatorin, Dr. Felor Badenberg (parteilos, berufen  
4 von der CDU), fachliche Äußerungen der Tierschutzbeauftragten Dr. Kathrin  
5 Herrmann nur noch nach Freigabe durch die zuständige Staatssekretärin  
6 zuzulassen, hintertreibt einen effektiven Tierschutz in Berlin. Dr. Herrmanns  
7 engagierte Arbeit für die Stadt-, Nutz- und Versuchstiere und ihr energischer  
8 Einsatz für die Verbreitung von Alternativmethoden für Tierversuche leistet für  
9 den Tierschutz in unserer Stadt einen enorm wichtigen Beitrag. Mit diesem  
10 Vorgehen schadet die Koalition Berlin, indem sie die Stadt aus progressiven,  
11 weit über Berlin hinausgehenden Debatten zur Vereinbarkeit von Tierschutz und  
12 Forschung sowie zur Förderung und zum Schutz der Stadtf fauna herausnimmt. Die  
13 Beschneidung der Unabhängigkeit der Tierschutzbeauftragten schadet dem  
14 grundgesetzlich verankerten Schutz der Tiere und der dringend erforderlichen  
15 Weiterentwicklung wissenschaftlicher Methodiken. Im Sinne der Tiere und jener,  
16 die sich für ihren Schutz einsetzen, muss ihre Stimme unabhängig und vernehmbar  
17 bleiben.

## **V-4 Erhöhung der relevanten Haushaltsposten zur Unterstützung für Lehrkräfte und Schüler\*innen gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus, an Allgemeinbildenden und Beruflichen Schulen und in Ausbildungsbetrieben**

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Weitere Anträge

### **Antragstext**

1 Die derzeitige Finanzierung, wie sie im Berliner Haushalt vorgesehen ist, reicht  
2 vor dem Hintergrund der aktuellen Lage an Berliner Schulen und außerschulischen  
3 Orten der Begegnung von Jugendlichen für eine qualitativ nachhaltige Arbeit die  
4 stadtweit notwendig ist, nicht aus. So fordern wir eine Verstärkung und  
5 Erhöhung der Finanzierung für Träger, die mit oder an oder in außerschulischen  
6 Lernorte für einen interreligiösen, interethnischen, friedlichen Dialog arbeiten  
7 und mit ihren Materialien und Angeboten Schulen/Betriebe unterstützen; die  
8 meisten Positionen im Haushaltstitel haben sich in den letzten drei Jahren wenig  
9 geändert. Sie werden dies auch voraussichtlich 2025 nicht tun, obwohl sich die  
10 Stimmung, das Ausmaß an Gewalt- und Übergriffen (laut Monitoring Gewaltdelinquenz  
11 2023) an den Schulen und Stätten für Jugendliche verändert hat.

12 Wir sehen es als zwingend notwendig an, dass Lehrkräfte und das Personal an den  
13 Schulen/Betrieben berlinweit befähigt werden, durch Angebote niedrigschwelliger  
14 Fortbildung auf Hassbotschaften im Klassenraum/am Ausbildungsplatz angemessen zu  
15 reagieren (dieser Aspekt fehlt komplett in der Handreichung zur  
16 Demokratiebildung an Berliner Schulen, Berliner Landeszentrale für Politische  
17 Bildung), so geht es beispielsweise um die Einbindung von Multiplikator\*innen  
18 der Nachbarschaft für niedrigschwellige, freiwillige Dialogangebote in den  
19 langen Pausen; um eine langfristige Bindungsarbeit durch Vertrauenspersonen an  
20 den Schulen/in Betrieben für und mit Jugendlichen, die über die zumeist  
21 dreijährigen Projektlaufzeiten kaum möglich ist.

22 Zudem müssen Lehrkräfte durch niedrigschwellige Fortbildungsangebote in die Lage  
23 versetzt werden, Antisemitismus von legitimer Kritik an der Regierung und  
24 Politik des Staates Israel und vom persönlichen Leid in Familien im Kontext des  
25 Nahostkonfliktes zu differenzieren und die Begriffe Antisemitismus und  
26 antimuslimischer Rassismus rechtssicher verwenden zu können. Die Definitionen  
27 könnten sich an § 11 und §12 des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes  
28 orientieren; dies könnte z.B. mit kurzen Präsenz-/Online-Workshops; aufsuchende

29 Beratung in den Schulen für die Lehrkräfte/in den Betrieben für  
30 Ausbildungspersonal geschehen oder über die Erstellung von digitalen/haptischen  
31 Informationsmaterialien, damit sich Lehrkräfte nicht ungewollt gegenüber der  
32 Öffentlichkeit, Elternschaft und Schüler\*innenschaft sowie der Justiz angreifbar  
33 machen.

34 Geflüchtete Jugendliche müssen über weitere Unterstützungs-  
35 /Partizipationsangebote die Möglichkeit erhalten, ihre Medienkompetenz zu  
36 erhöhen und ein vertieftes Verständnis für gesellschaftliche Rollen der  
37 Stadtgesellschaft zu erhalten; diese Forderung umfasst zudem Trainingsangebote  
38 für alle geflüchteten Jugendliche, um unsere Geschichte und die daraus  
39 entstehenden Verpflichtungen zu verstehen; hierbei kann es sich um  
40 niedrigschwellige Bildungsarbeit in einfacher oder Herkunftssprache (Prüfung und  
41 Abgleich bestehender Angebote durch Menschen mit Migrations-/Fluchtgeschichte)  
42 handeln. Wir fordern abschließend gerade in diesen aktuellen Lagen einen  
43 gestärkten Austausch von Jugendlichen und lokalen Multiplikator\*innen zwischen  
44 Israel und auch Palästina durch beispielsweise das Vorantreiben des  
45 internationalen Jugendaustausches als Säule der „soft diplomacy“ – Kultur und  
46 Bildung, gerade für Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen; hierzu gehören  
47 unter anderem die Etablierung von niedrigschwelligen Begegnungsformaten in  
48 Berliner Bezirken für Jugendliche und Erwachsene.

49 Ein „nie wieder ist jetzt“ erfordert ein klares Bekenntnis der Stadtgesellschaft  
50 hinsichtlich eines starken, sichtbaren Mitteleinsatzes.